

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ingrid Arndt-Brauer, Dr. Hans-Peter Bartels, Lothar Binding (Heidelberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4623 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/3250 –

Neunundzwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2000 bis 2003 (2004)

A. Problem

Stärkere Orientierung politischer Maßnahmen auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Frauen, speziell in den neuen Bundesländern. Stärkere Teilhabe von Frauen, zumindest entsprechend ihres Anteils an den Arbeitslosen, an den Erfolgen regionaler Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern. Bessere Verwirklichung des Ziels der Chancengleichheit für Frauen und Männer, vor allem vor dem Hintergrund einer insbesondere in den neuen Bundesländern überdurchschnittlich hohen Frauenarbeitslosigkeit. Stärkere Akzentuierung der Regionalpolitik im Hinblick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Frauen.

B. Lösung

- Ausweisung von Arbeitsmarktdaten, getrennt für Frauen und Männer, für die einzelnen Fördergebiete in künftigen Rahmenplänen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- Entwicklung und Vernetzung von Förderkonzepten derart, dass diese in Fördergebieten, in denen die Frauenarbeitslosigkeit deutlich über der der Männer liegt, besser zur Überwindung der Frauenarbeitslosigkeit beitragen
- Ermittlung und Herausstellung von „best practices“ durch eine differenzierte Erfolgskontrolle

Mehrheit im Ausschuss

Zustimmung der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS
Ablehnung der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag – Drucksache 14/4623 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 17. Januar 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Christian Müller (Zittau)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Christian Müller (Zittau)

I.

Der Entschließungsantrag – Drucksache 14/4623 – zum Neunundzwanzigsten Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurde in der 133. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. November 2000 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie dem Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 17. Januar 2001 beraten und beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Annahme der Vorlage zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 6. Dezember 2000 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Annahme des Entschließungsantrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 17. Januar 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Annahme des Entschließungsantrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 17. Januar 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Annahme des Entschließungsantrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 17. Januar 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuss die Annahme des Entschließungsantrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 6. Dezember 2000 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Entschließungsantrag anzunehmen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gefasst.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 50. Sitzung am 6. Dezember 2000 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Entschließungsantrag anzunehmen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

III.

In dem Entschließungsantrag wird festgestellt, dass die Gemeinschaftsaufgabe auch einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Länder leistet. Der Sanierung und Erhaltung der wettbewerbsfähigen industriellen Kerne auf der Basis betriebswirtschaftlich tragfähiger Konzepte, der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Eingliederung von arbeitslosen Menschen in reguläre Beschäftigung und der aktiven Regionalpolitik zur Verbesserung der Standortbedingungen und Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze kommen hier besondere Bedeutung zu. Im Entschließungsantrag wird weiter festgehalten, dass trotz der Verstetigung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe auf hohem Niveau und einer erfolgreichen Politik der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Stärkung der Wirtschaft künftige politische Maßnahmen noch stärker als bisher die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Frauen zum Ziel haben müssen. Frauen müssen stärker, zumindest aber entsprechend ihres Anteils an den Arbeitslosen, an den Erfolgen regionaler Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern teilhaben. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, gemeinsam mit den Bundesländern in künftigen Rahmenplänen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die einzelnen Fördergebiete Arbeitsmarktdaten, getrennt für Männer und Frauen, auszuweisen. Außerdem sollen für Fördergebiete, in denen die Frauenarbeitslosigkeit deutlich über der der Männer liegt, Förderkonzepte so entwickelt und vernetzt werden, dass sie besser zur Überwindung der Frauenarbeitslosigkeit beitragen. Weiterhin soll durch eine differenzierte Erfolgskontrolle „best practices“ ermittelt und herausgestellt werden.

IV.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage in seinem Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ sowie zuletzt abschließend in der Sitzung des Ausschusses am 17. Januar 2001 beraten. Im Zuge dieser Beratungen wurde seitens der Fraktion der SPD deutlich ge-

macht, dass das Fehlen einer beihilferechtlichen Genehmigung für den Rahmenplan als ausgesprochen misslich zu beurteilen sei. Die Gemeinschaftsaufgabe habe sich als wichtiges und ausgesprochen geeignetes Instrument der Regionalpolitik bewährt. Sie habe während der vergangenen zehn Jahre insbesondere in den Ländern Ostdeutschlands zu hervorragenden Ergebnissen geführt. Außerdem eigne sie sich besonders dazu, auch andere Fachpolitiken zu koordinieren mit dem Ziel, regionale Disparitäten auszugleichen. Die Gemeinschaftsaufgabe müsse im Übrigen zum zentralen Element gemacht werden, das im Zuge der Osterweiterung der Gemeinschaft geeignet sein müsse, um den entstehenden Problemen entgegenzutreten zu können. Dies wiederum setze voraus, dass wichtige Kompetenzen für ein nationales Handeln in der Regionalpolitik erhalten blieben. Die Vertreter der Fraktion der CDU/CSU im Ausschuss machten deutlich, dass sie die Bundesregierung in ihren Bemühungen, gegenüber der Europäischen Kommission mehr Eigenständigkeit und Subsidiarität bei der Ausgestaltung des nationalen Spielraumes bei der Regionalförderung einzufordern, unterstützen. Die Reduzierung des Bevölkerungslafonds auf 17,7 Prozent sei ein Ausdruck dafür, dass die Brüsseler Bürokratie sich die Regelung von Dingen anmaße, die üblicherweise in nationaler Eigenverantwortung geregelt wer-

den müssten. Die anhängige Klage beim Europäischen Gerichtshof werde ausdrücklich unterstützt. Gerade in den neuen Bundesländern dürfe der Einsatz dieses Instrumentes nicht verringert werden. Insgesamt sei zu dem Entschließungsantrag festzuhalten, dass dieser den gesamten Vorgang der Förderung eher bürokratisiere als ihn beschleunige. Die Vertreter der Fraktion der PDS begrüßten, dass die Frauenförderung über den Entschließungsantrag als zusätzliches Kriterium in die Regionalförderung einfließen solle. Die Frauenförderung als hartes Förderkriterium finde gegenwärtig lediglich in vier deutschen Bundesländern Anwendung. Außerdem unterstütze auch die Fraktion der PDS die Klage gegen die EU-Kommission hinsichtlich der Einschränkung der Westförderung auf 17,7 Prozent des Bevölkerungskriteriums.

Der Ausschuss beschloss im Rahmen der abschließenden Beratung am 17. Januar 2001 mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Entschließungsantrages – Drucksache 14/4623 – zu empfehlen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gefasst.

Berlin, den 17. Januar 2001

Christian Müller (Zittau)
Berichterstatter

